



Februar 1987

**DKP-Kampagne hatte Erfolg!**

# Gebührenerhöhung gestoppt!

Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte es am 3. Februar ab, die Gebühren zu erhöhen. Dies ist in erster Linie auf den gewachsenen Druck der Bevölkerung und die andauernden DKP-Aktionen zurückzuführen.

Noch vor der Stadtverordnetenversammlung verteilte die DKP einen, wie die Presse schreibt, „dramatischen Appell“ an die Mandatsträger, indem es u.a. heißt:

„Die DKP sammelt seit einigen Wochen Unterschriften gegen Gebührenerhöhungen in unserer Stadt. Mittlerweile haben fast zweitausend Bürgerinnen und Bürger die Protestlisten unterschrieben.

**Wir fragen Sie heute: Sind Sie bereit, dieses Bürgervotum zu beachten?**

Wir werden, unabhängig von Ihrer Entscheidung, unsere Kampagne gegen die weitere Belastung der Bürger fortsetzen. Wir werden, sollten Sie der Erhöhung zustimmen, jedem Einwohner unserer Stadt klarmachen, welche Fraktion, welche Abgeordneten gegen den erklärten Willen der Bevölkerung gehandelt haben.

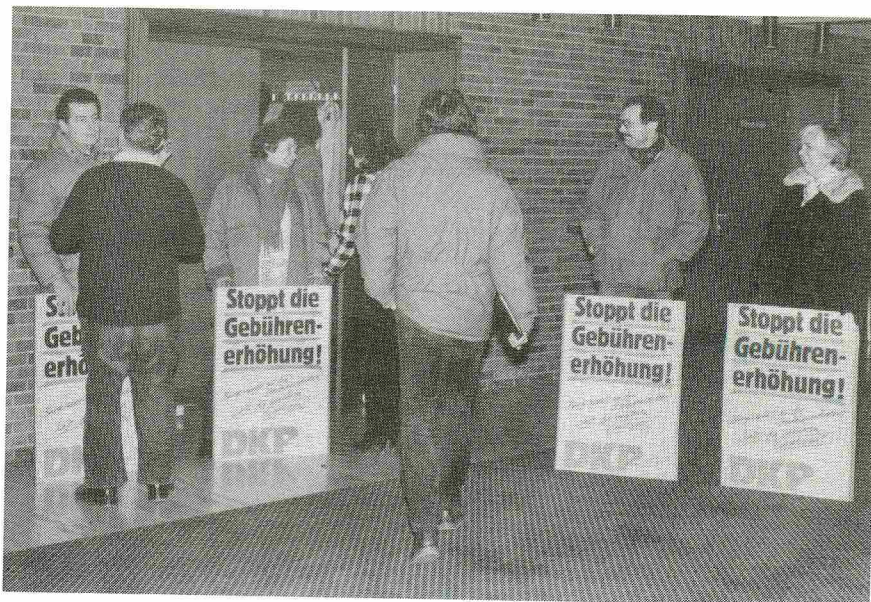
**Deshalb heute noch einmal unser dringender Appell: Laßt die Gebühren eingefroren!“**

Die im Parlament vertretenen Parteien SPD, CDU und GBL waren in Sachen Haushaltsplan 1987 so zerstritten, daß eine Verabschiedung nicht möglich war. Mit den Stimmen von CDU und GBL wurde die Beschlußfassung zum Haushalt in die nächste Parlamentsitzung im März verschoben. Die geplante Erhöhung der Abwassergebühren und der Grundsteuer B wurden von CDU und GBL abgelehnt. (Dabei ist anzumerken, daß gerade die CDU in den „schwarzen“ Kommunen die Gebühren hemmungslos erhöht.)

Die SPD begründete die geplante Gebührenerhöhung mit dem „Defizit durch nicht kostendeckende Gebüh-

ren“ und wollte keinen Zusammenhang mit dem teuren Kanalverbund gelten lassen. Gerade aber dafür waren Pumpwerke, Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken mit hohem Kostenaufwand zu planen. Diese ungeheuren Kosten, die Übernahme von Schmutzwasser aus dem Walldorfer Stadtteil wegen der lange nicht sanierten dortigen Kläranlage, sind ebenfalls Fusionsfolgen, über die man heute nicht mehr gerne spricht.

Der CDU muß man das Recht absprechen, sich heute darüber aufzuregen, denn sie war ein starker Fusionsbefürworter, sie hat das Zwanzigmillionenprojekt Kanalverbund mitbeschlossen und will heute in demagogischer Weise



*Fast 2000 Unterschriften hatte die DKP in den letzten Wochen gegen die vorgesehenen Gebührenerhöhungen gesammelt. Vor der Stadtverordnetenversammlung wurden die Parlamentarier mit einem Flugblatt daran erinnert, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung die kommunale Preistreiberei verurteilt.*

nichts mehr davon wissen. Überhaupt waren die Auftritte des Hugo Jung von beispielloser Demagogie geprägt, denn er warf der SPD vor, vor zwei Jahren „unverantwortlich“ gehandelt zu haben, als sie mit der DKP gemeinsam einen Gebührenstopp für zwei Jahre beschloß.

Wie schizophoren muß ein Mensch sein, der den Gebührenstopp einerseits kritisiert und gleichzeitig gegen Gebührenerhöhungen auftritt. Wie überhaupt die CDU an diesem Abend plötzlich ihr Herz für die Armen und Schwachen entdeckte, nur weil sie wußte, daß sie diese Forderungen nicht durchzusetzen hat. So forderte sie u.a. umgehend einen Kinderhort und eine Kinderkrippe, sowie Hilfe für die sozial Schwachen. Als die DKP noch die Anträge Kinderhort und Kinderkrippe stellte, war die CDU stets dagegen.

Auch bei der GBL war die Argumentationskette gegen die Gebührenerhöhung sehr schwach. Kein Wort war hier zu hören über die neue Armut in unserem Land, über die vielen unfreiwillig in Not Geratenen, oder darüber, daß sich auch in unserer Stadt die Anzahl der Sozialhilfeempfänger durch Langzeitarbeitslose nahezu verdoppelt hat. Was an diesem Abend an Argumentation gefehlt hat, wäre von einer DKP-Fraktion gekommen.

Grundsätzlich muß gesagt werden, daß wir für bessere Kläranlagen und für eine bessere Reinigung unserer Abwässer eintreten. In diesem Zusammenhang muß man aber auch feststellen, daß die enormen Mittel hierfür nicht von den Städten und Gemeinden und ihren Bürgern aufgebracht werden können. Die Bürger zahlen gerade genug Steuern. Wir sind deshalb der Meinung, daß es an der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen hängt und lehnen nicht zuletzt deshalb aus Protest jede Gebührenerhöhung ab.

Hunderttausende Arbeitsplätze wären zu schaffen, wenn die Regierung in Bonn – die politischen Freunde des Hugo Jung – Mittel für die Sanierung der vielen überholungsbedürftigen Kläranlagen bereitstellen würde. Es wäre nur ein Bruchteil der riesigen Ausgaben für die Rüstung. Auch das muß in einem Kommunalparlament gesagt werden, aber seit dem Ausscheiden der DKP aus dem Stadtparlament gab es keinen Protest der Stadtverordneten und keine Protestresolution an die Adresse der Bonner Regierung.

Heinz Hechler

# Nach der Bundestagswahl

Die DKP Mörfelden hat in einer Mitgliederversammlung das Ergebnis der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 diskutiert.

Wir bedauern es, daß es nicht gelungen ist, die Rechtsregierung abzulösen. Doch gleichzeitig registrieren wir: die Stahlhelmfraktion der CDU, die ewigen „kalten“ Krieger um Dregger, Strauß und Wörner, hat eine Abfuhr erhalten. Ihre Ausfälle gegen die Sowjetunion und die DDR und die Angriffe gegen die Entspannungspolitik haben sich nicht ausgezahlt. Damit kann man keine Wahl mehr gewinnen.

Gleichzeitig gibt es eine Vergrößerung der Wählerbasis der parlamentarischen Opposition. Sie bietet die Chance für einen erfolgreichen Kampf gegen die Rechtskräfte.

## Nach der Wahl: „Weiter so – Deutschland“?

Das Großkapital wird jetzt vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die „Vollendung der Wende“ drängen. Sie wollen noch bessere Rahmenbedingungen für ihre Profitpolitik. Die Herrschenden lassen sich auch von den jüngsten Arbeitslosenzahlen (2,5 Mio. registrierte, ca. 1 Mio. nichtregistrierte) nicht beirren: Ihre Devise heißt: Lieber mit Arbeitslosigkeit, die disziplinierend wirkt, leben, als aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben. Allerdings, die alte Regierung war druckempfindlich und bei der veränderten Zusammensetzung werden die Bäume erst recht nicht in den Himmel wachsen, wenn der außerparlamentarische Widerstand stärker wird. In der CDU/CSU sind nicht nur kapitalverbundene Kräfte, sondern auch Teile der christlichen Arbeiterschaft. Die FDP ist in der Außenpolitik gemäßigt, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hingegen steht sie auf dem rechten Flügel.

Wir sagen: Der Kampf gegen die Fortführung der Wende heißt Klassenkampf und, in diesem Kampf braucht die Arbeiterklasse Verbündete.

Die Arbeiterbewegung, die Friedensbewegung, die Gewerkschaften, SPD, Grüne und die DKP haben viele Gemeinsamkeiten. Die unmittelbaren Kampfforderungen der demokratischen Kräfte sind bekannt.

- Wir wollen keine weiteren Atomtests, wir wollen keinen Krieg der Sterne, wir wollen die Fortsetzung der Entspannungspolitik.
- Wir wollen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Beschäftigungsprogramme.

● Wir wollen die Verhinderung der Entwicklung der Plutoniumgewinnung und die Einleitung des Ausstiegs aus der Kernenergie.

● Wir wollen konsequente Maßnahmen gegen Rhein- und Umweltvergiftung.

● Wir protestieren gegen Volkszählung und Berufsverbote.

Auch in unserer Stadt sind viele dieser Aufgaben gemeinsam anzugehen. Wir sind dazu bereit.

17 Tage Ferienspaß  
für 115 Mark!

Gibt es das wirklich?

Die DKP und die „Jungen Pioniere“ organisieren seit zwölf Jahren Kinderferienfahrten in die DDR. In den dortigen Ferienzentren werden die Kinder optimal versorgt.

Man wohnt in Bungalows, lernt Kinder aus anderen Ländern kennen, erlebt viele Abenteuer. Natürlich gibt es Lagerfeuerromantik, Nachtwanderungen – selbstverständlich heutzutage – die Lagerdisco.

Was Eltern dabei besonders interessiert: die Kinder werden medizinisch betreut, und für jede Gruppe von 10 Kindern fährt aus Hessen ein Betreuer mit. Vor der Reise können zudem Eltern an einer Elterninformationsfahrt in ein DDR-Ferienlager teilnehmen.

Auch in diesem Jahr, vom 5.7. bis 21.7. werden solche Ferien organisiert. Preis: 115,- Mark. Kinder von 10 bis 14 Jahren können mitfahren. Wenn Sie mehr wissen wollen, rufen Sie uns einfach mal an:

Conny Hechler, 14 30  
Friedl Küspert, 2 42 70

# Geld ist da

Schneeverwehungen, Smog, Glatteis — dieser Winter bewies einmal mehr: der Personennahverkehr muß ausgebaut werden.

Wir meinen: der Ausbau und die Modernisierung des Nahverkehrs sind eine soziale Aufgabe. Fahrzeiten und Fahrpreise müssen so attraktiv sein, daß man gern den eigenen Pkw stehen läßt.

Schließlich, die Bürger unserer Stadt sind keine Gegner der Bahn und keine blinden Feinde des Fortschritts. (Als Mörfelden im Jahre 1879 eine Bahnstation erhielt, war das vor allem für die Arbeiter eine große Erleichterung.) Wir sind auch nicht prinzipiell gegen den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken. Allerdings muß die Trassenführung gut überlegt sein, der Personennahverkehr darf dabei nicht unter die Räder kommen und die Umweltbeeinträchtigungen müssen auf ein Minimum reduziert werden.

Nur, dafür wird Geld gebraucht, und das steckt Bonn vor allem in Rüstungsprojekte.

Nehmen wir die jüngste Entwicklung. Einundvierzig Hochgeschwindigkeitszüge sollten in diesem Jahr bestellt werden, 16,3 Milliarden Mark waren für Neubaustreckenprojekte veranschlagt.

Aber Stoltenberg will dies nun alles stoppen. Zwar hat er freudestrahlend einer milliardenschweren Erhöhung des Rüstungshaushaltes '87 zugestimmt, aber bei der Bahn will er jetzt „sparen“. (Als ob durch Streckenstilllegungen nicht ohnehin auf dem Rücken vieler Eisenbahnkunden „gespart“ würde.)

Die Eisenbahnergewerkschaft protestiert berechtigterweise auch entschieden gegen die Stoltenberg-Pläne.

Es ist schon so, die Bahn braucht nicht weniger, sondern entschieden mehr Geld. Die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe und die Bundesbahn müssen als soziale Einrichtungen geführt werden, und damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, aus öffentlichen Mitteln bezuschußt werden.

Nur dann sind letztlich auch großzügiger Lärmschutz und eine Tunnellösung für unsere Stadt möglich. Wir sollten deshalb hart bleiben. Geld ist da, es wird nur falsch ausgegeben.

Rudi Hechler



## Der Protest muss wachsen

Öffentliche Informationsveranstaltung der Bundesbahn im Mörfelder Bürgerhaus. 150 interessierte Besucher waren durch die Kälte ins schlecht beheizte Bürgerhaus gekommen. Im Foyer eine Ausstellung der Aktionsgemeinschaft. Die DKP hing Transparente auf und verteilte einen „blickpunkt“-Extra.

Stimmen nach drei Stunden Diskussion: „Das war eine Farce“, „Demokratiespiele“, „Jetzt weiß ich überhaupt nichts mehr“ oder „Draußen Frost, drinnen Frust“.

Diese Meinungen treffen ins Schwarze. Wer die Anfänge der Startbahn erlebt hat, weiß, auch hier gab es „Diskussionsangebote“, „Informationsveranstaltungen“ auf allen Ebenen. Man gaukelte den Bürgern Demokratie vor, wollte mit „Mitspracherechten“ den Unmut dämpfen. Was daraus geworden ist, wissen wir alle.

So ähnlich ist es auch jetzt. Haupteindruck nach der Veranstaltung: „Mitreden dürft ihr — geändert wird nix!“

Wer Augen hat zum Sehen und Ohren zum Hören — der spürte dies auch schon im Bürgerhaussaal. Die Argumentation der Bundesbahnspezialisten: aalglatt, inhuman.

Man redete über die Köpfe der Betroffenen. Es wurde deutlich, eigentlich will man die Beschlüsse nur noch gut verkaufen.

Was aber da geplant ist, müßte jeden Bürger unserer Stadt interessieren: Ab 1991 sollen die Super-Züge mit 200

Sachen durch die Stadt donnern (bis zu 300 Züge werden erwartet).

Von den 6,3 Kilometern der Bahntrasse in der Stadt sollen 850 Meter in Mörfelden baulich verändert werden. Und nur dort will man Lärmschutz gewähren. Das Angebot der Bahn: eine 3-Meter-Wand. Lärmschutz in Walldorf ist nicht vorgesehen. Von einem Lärmgutachten will man auch nichts wissen. Überhaupt sei Eisenbahnlärm „weniger lästig“. Originalton Bundesbahn: „Nicht zuletzt auch dank der positiveren emotionalen Bewertung ist Schienenlärm erträglicher: Eisenbahngeräusche verknüpfen viele Menschen mit Fernweh und schönen Reisen.“

Die Vorschläge der Bürger, im bebauten Gebiet eine Tunnellösung vorzusehen, wurden von den geschneiegelten DB-Planern nur milde belächelt. Dafür habe man kein Geld. Der Sprecher der Aktionsgemeinschaft gegen den Schnellbahnbau wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bundesbahn gleichzeitig die Pläne eines Mammut-Tunnels in Frankfurt diskutiere. Diese Veranstaltung zeigte erneut, der Protest muß wachsen. Wenn die Bürger unserer Stadt nicht „unter die Räder“ kommen sollen, dann muß der Widerstand stärker werden. Wir erwarten deshalb von der Stadt und allen politischen Gremien, daß sie den betroffenen Bürgern und der „Aktionsgemeinschaft gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke“ ihre volle Unterstützung geben.

Wie man bei Aldi mit den Leuten umgeht

# „Man kann auch mit einem Arm arbeiten!“

„Der Mann verdient soviel, muß er dann seine Arbeiter so schikanieren?“ Diese Frage stellte sich eine Aldi-Kollegin in der Mörfelder Aldi-Niederlassung, und sie meinte damit den Mörfelder Aldi-Lagerhallen-Boss Breslein, einen Mittvierziger, der sein Geschäft offenbar gnadenlos betreibt.

Mit dieser Aldi-Kollegin (Aldi-Jargon: Kommissioniererin), einem Aldi-Fahrer (mittlerweile entlassen) und mit einer ehemaligen Aldi-Kassiererin der Mörfelder Verkaufsfiliale, sprach die „blickpunkt“-Redaktion.

Jeder kauft schon mal „beim Aldi“, kaum einer weiß aber, wem der Laden gehört. Der Mörfelder „Laden“ und weitere 1.823 Aldi-Verkaufsstellen, von Flensburg bis Partenkirchen, sind Eigentum der Brüder Theo (63) und Karl Albrecht (65). Ein paar hundert Läden in Belgien, Dänemark, Österreich und den USA gehören dazu. Außerdem 30 regionale Aldi-Niederlassungen (eine davon gibt es bei uns) und über tausend Aldi-Sattelschlepper. Geschätzter Aldi-Jahresumsatz in der Bundesrepublik: 17 Milliarden Mark.

Im „stern“ stand einmal, „täglich werden im Aldi-Reich 30.000 Tonnen Waren bewegt“. Wie das abgeht, schilderte uns die „Kommissioniererin“ aus der Mörfelder Aldi-Lagerhalle:

„Wir sind hier in der Mehrzahl Frauen. 14 Mark gibt es die Stunde, bei Halbtagsbeschäftigung. Aber es ist auch eine ungeheure Knochenarbeit. Immerhin wiegt eine Kiste Rotwein 14 Kilo und ein Paket Hundefutter 16 Kilo.“ „Kranksein bei Aldi, gibt es nicht“, erzählte man uns. Die Aldi-Kollegin: „Als ich einmal Nervenentzündung im Arm hatte, wurde mir erklärt, man kann auch mit einem Arm arbeiten!“

Die „Kommissioniererin“ und der Fahrer berichteten übereinstimmend, daß in der Mörfelder Aldi-Halle „ein ungeheurer Druck auf die Leute ausgeübt wird“. Man erzählt, daß selbst der Gang zur Toilette „mit der Stoppuhr kontrolliert“ wurde. Es wird erzählt, der Personalchef und der Warenausgangsleiter vertreten rigoros die Aldi-Antreibermethoden.

Da häufen sich natürlich die Konflikte. „Bei uns ist ein ständiges Kommen und Gehen“, heißt es. Und „wer nicht

spurt – fliegt!“ Der Fahrer: „Wir verdienen nicht schlecht (3.360,- DM Brutto-Grundlohn), aber die Antreibererei ist gewaltig“. Seine Proteste wurden mit der Kündigung beantwortet. Wenn er unauffällig geht, kann er eine ordentliche Abfindung kriegen, erklärte man ihm. Das mit der Abfindung scheint eh Mode zu sein. Auch die Kommissioniererin paßt „nicht mehr ins Alters-System, außerdem sei das Vertrauensverhältnis gestört“. Man bietet ihr 5.000 Mark an, wenn sie geht.

Bei beiden wurde der Betriebsrat nicht ordnungsgemäß gehört. (Ein Mörfelder Aldi-Beschäftigter: „Der Betriebsratsvorsitzende sitzt den Chefs eh auf dem Schoß“.) Wie auch immer, ein solcher Betrieb braucht einen starken, kämpferischen Betriebsrat und eine solidarische, gewerkschaftlich organisierte Belegschaft. Sonst wird sich dort an den Verhältnissen wenig ändern.

Rudi Hechler

Bei diesem Thema würden wir uns besonders über Zuschriften freuen. In der nächsten „blickpunkt“-Ausgabe wollen wir auf die Aldi-Verkaufsläden näher eingehen. Auch hier erbitten wir weitere Hinweise. Telefon (06105) 22362 oder (06105) 24270.

## DKP fragt nach gesundheitsschädlichen Kinderkneten

Der ehemalige DKP-Stadtrat Heinz Hechler fragt den Magistrat, ob in städtischen Kindergärten und Jugendzentren die Kinderkneten Creatherm, Fimo und Cernit Verwendung finden. Anlaß war eine Mitteilung in der Presse, daß in verschiedenen Fabrikaten des beliebten Knetmaterials krebserregende Substanzen festgestellt wurden.

## Frauen aus der DDR zu Besuch

*Zu einer Diskussionsveranstaltung mit Frauen aus der DDR laden wir herzlich ein. Informieren Sie sich, diskutieren Sie mit!*

Mittwoch, 11. März 1987  
20 Uhr  
Bürgerhaus Mörfelden

DKP MÖRFELDEN

## Das Alten- und Pflegeheim nimmt Gestalt an

In einer Informationsveranstaltung wurde am 4. Februar im Bürgerhaus das sich schon lange im Gespräch befindliche Projekt „Alten- und Pflegewohnheim Mörfelden“ vorgestellt. Drei Architekturbüros zeigten ihre Vorentwürfe und erläuterten diese den anwesenden Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats, sowie Vertretern von einschlägigen Vereinen und Verbänden, aber auch interessierten Bürgern unserer Stadt.

Die Entwürfe zeigten eine großzügige Anordnung von vorwiegend ebenerdigen Wohneinheiten mit einzelnen Doppelzimmern in Verbindung mit zweigeschossigen Gebäuden, in denen Empfang, Aufenthalts- und Verwaltungszentrum sowie ein Therapeutikum und weitere alten- und behindertengerechte Wohnungen Platz finden sollen.

Zwei Planungen sahen ein Kleinschwimmbad im Untergeschoß vor, was von sehr großem Nutzen bei der Behandlung des Bewegungsapparates älterer Menschen ist. Auch auf den Außenbereich wurde großer Wert gelegt. Mit der Anregung, ein Biotop anzulegen, kam man sogar einem neuen Trend entgegen.

Als Kosten wurden 13 – 15 Millionen Mark geschätzt, worin die Ausstattung, die Erschließung und die Geländekosten nicht enthalten sind.

Es ist zu hoffen, daß sich die Verantwortlichen bald auf ein Konzept einigen und der Realisierung nichts mehr im Wege steht, damit nicht weiterhin ältere pflegebedürftige Mitbürger unserer Stadt weit außerhalb in anderen Gemeinden untergebracht werden müssen.

HH

# Zehn Minuten, die Sie bereuen könnten

Am 25. Mai '87 wird es soweit sein, dann soll die „Volkszählung“ durchgeführt werden. Im Jahre 1983 konnte diese Volksaushorung gerade noch verhindert werden — jetzt aber wird's ernst.

Der „Erste Stadtrat“ sucht dringend „Zählerinnen bzw. „Zähler“. Insgesamt 250 Personen braucht er für die Stadt. Vergütung: 50,- DM Pauschale und für jeden „erschnüffelten“ Erhebungsbogen 4,- Mark. Insgesamt soll diese Aktion unsere Stadt 180.000 Mark kosten. Insgesamt spricht man von Kosten von bis zu 1,8 Milliarden Mark in der Bundesrepublik. Also, dafür gäbe es wirklich eine bessere Verwendung. Eigentlich ist da nur zu hoffen, daß die Stadt ihre Zähler nicht zusammenkriegt.

Die sofortige Absetzung der Volkszählung hat jetzt der Republikanische Anwalt-Verein gefordert. In einem Appell nennen die Rechtsanwälte diesen Schritt „einzig sinnvoll“ angesichts des großen Mißtrauens in der Bevölkerung.

Für Statistiker sei bereits heute klar, daß wegen der großen Zahl von Verweigerern die gewonnenen Daten nicht brauchbar wären.

Andere Wissenschaftler (FR, 28.1.87) be weisen, daß der Datenschutz bei der vorge sehenen Volkszählung nicht gewährleistet ist. Eine Informatik-Studentin konnte so mühelos aus einer Modellbevölkerung von 100.000 Personen die Einzelpersonen aus der Datenanonymität zurückführen.

Auch die Vereinigung Demokratischer Juristen lehnt die Volkszählung entschieden ab. In ihrer Erklärung heißt es u.a.: „Für den Ausbau der von den Regierenden ins Auge gefaßten Überwachungsgesetze liefert die Volkszählung bestimmte Grunddaten über Bevölkerungs- und Wohnstrukturen. Damit wird es möglich, mit Hilfe der EDV planmäßig bestimmte ‚Problemgebiete‘ (Ausländer, Studenten, Hausbesetzer usw.) für repressive Maßnahmen, polizeiliche Schwerpunkt fahndungen u.ä. auszugrenzen.“

Weiter heißt es in der Erklärung: „Der tatsächliche Nutzen der Volkszählung '87 für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist äußerst zweifelhaft. Ein nicht unerheblicher Teil der erhobenen Daten ist für die Katastrophenschutzplanung, den Zivilschutz und für militärische Zwecke von Interesse, beispielsweise Wohnungsdaten für Zwangsbewirtschaftungszwecke oder aus der Arbeitsstättenzählung stammende Angaben über Produktions- beziehungsweise Transportleistungen für unmittelbare militärische Zwecke.“

Auch für die Bürokratieapparate selbst hat die Volkszählung einen wichtigen Gebrauchsaspekt, nämlich sich selbst rechtfertigende Tatbestände zu ‚liefern‘, die auch zur Begründung des Ausbaus von Polizeiapparaten und sonstigen Bürokratien herangezogen werden können.“

Demgegenüber könne „für eine sinnvolle, an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Politikplanung nur ein geringer Nutzen erkannt werden.“

Die Juristen fordern von der Bundesregierung, die „Volkszählung 1987“ aufzugeben. Sie fordern dagegen — sollen tatsächlich realistische Vorsorge-Planungsdaten zur Kenntnis der verschiedenen Verwaltungen notwendig sein — direkte, dezentrale, freiwillige repräsentative Befragungen der jeweiligen Betroffenenkreise. Dies würde auch ein Stück

mehr Demokratie, unmittelbare Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an der Lösung sie betreffender Probleme bedeuten.

Mittlerweile haben sich viele Persönlichkeiten von der Volkszählung distanziert, so die Datenschutzbeauftragten in Hamburg und Baden-Württemberg.

Die Stadt Lübeck hat die Durchführung der Volkszählung aus „finanziellen Gründen“ abgelehnt.

Innerhalb der SPD gibt es unterschiedliche Haltungen. So erklärte Gerhard Schröder im Oktober '86, daß die SPD alle Kommunen unterstützen wolle, die sich weigern wollen, die Volkszählung durchzuführen. Von unserer hiesigen SPD ist von solchen Boykott-Überlegungen allerdings noch nichts zu hören. Sie sind aufgefordert, endlich Farbe zu bekennen.

Übrigens, nach Einschätzung von Statistikern macht schon ein Boykott von zehn Prozent der Bevölkerung die Volkszählung '87 sinnlos. Ein solches Potential ist vorhanden.

Leisten wir also demokratischen Widerstand, indem wir aufklärend dieses Potential verbreitern und den Regierenden die Grenzen ihrer Macht, jedenfalls in diesem Bereich, aufzeigen.

rh

## Nur drei Zähler melden sich für die Volkszählung

Einsatz seien, um dies zu er-  
Seine Hoff-  
oben

**Stadt  
Mörfelden-Walldorf**

**Erhebungsstelle für die Volkszählung 1987  
Möchten Sie bis zu 450.- DM  
verdienen?**

Der Verdienst ist **steuerfrei**; er wird auch nicht auf Arbeits-  
losengeld bzw. -hilfe angerechnet.

Falls Sie Interesse haben, wirken Sie in der Zeit vom **18.  
Mai 1987 bis 5. Juni 1987** bei der Volkszählung in unserer  
Stadt als Zähler mit.

Voraussetzung ist, daß Sie das **18. Lebensjahr** vollendet  
haben.

Bei der Volkszählung haben sie ca. 100 Haus-  
Arbeitsstätten zu erheben



Mörfelden-Walldorf  
Stadtrat Wilhelm Jourdan  
Sorgen. Die  
die Probleme  
weiß, wie er  
Antrag der  
100 Mark für d  
h, noch das g  
wirklich in d  
mlung, was  
arbeit finde  
en schlicht  
rdan. Aber  
h ersten Au  
Diese drei  
mehr als  
dt, dazu d  
beitstätter  
ilich ist d  
nsten a  
arbeiter  
meldear  
er Dien  
n.  
Besonde  
nhang  
Daten  
llen R

Langsam kommen sie ins Schwitzen, die Volkszählungsorganisatoren vor Ort. In Rüsselsheim hat man erst 235 Zähler gefunden, gebraucht werden 600. In Mörfelden-Walldorf hätten sich, so Wilhelm Jourdan am 4. Februar, bis jetzt 35 Zähler gemeldet, aber 240 braucht er. Um die notwendigen Zähler zu erhalten, greift man zu Lockungen und Drohungen. Der Rüsselsheimer OB Winterstein („notfalls zähle ich selbst“) droht mit Bußgeldern bei Verweigerung der Zähler-einberufung bis zu 1000 Mark. Wilhelm Jourdan liebt noch die sanfte Tour und bietet 450,- Mark oder drei freie Tage für die Zähler aus dem öffentlichen Dienst. Wenn diese „Volksaushorung“ nicht durchgeführt werde, so Jourdan, wäre das nach seiner Meinung „das Ende der Demokratie“. (Der Wilhelm blickt nicht mehr durch!)

## NACH DER BUNDESTAGSWAHL

# Gedanken zur politischen Entwicklung in Mörfelden-Walldorf

In unserer Stadt gab es rund 20.000 Wahlberechtigte, 80% gingen zur Wahl. Die SPD erhielt 36,2% Zweitstimmen, die CDU 35,4%. Für die Grünen wurden 3.104 Zweitstimmen abgegeben, das sind 18,1%. Die FDP erhielt 9% Zweitstimmen.

Die neofaschistische NPD wuchs im Wahlkreis Groß-Gerau von 371 Stimmen (1983) auf 1.137 Erststimmen bei dieser Wahl. In unserer Stadt erhielten die Neonazis 126 Stimmen. Dies ist das Ergebnis der antikommunistischen und nationalistischen Politik der CDU/CSU. Diese Kräfte haben mit ihrer ausländerfeindlichen Hetze für diese Entwicklung gesorgt. Wir fordern deshalb erneut, daß die Tätigkeit der NPD und aller neofaschistischen Organisationen unterbunden wird. Wir protestieren dagegen, daß den Neonazis jetzt noch Millionen Wahlkampf-kosten aus dem Steuersäckel ersetzt werden.

### Bei der SPD müßte man langsam nachdenklich werden

Die SPD verlor in unserer Stadt stärker als die CDU, damit fiel sie aus dem Gesamttrend. Sie wird sich darüber Gedanken machen müssen.

In der Stadt ist die SPD fast ausschließlich auf kommunale Fragen fixiert. Es gibt kaum noch Arbeiter in der SPD-Fraktion. Man will Gebührenerhöhungen die letztlich die „kleinen Leute“ treffen, organisiert die Volksbefragung ... und wundert sich über die Wahlverluste und die Stimmengewinne der Grünen.

Eine Diskussion über den Kurs der Partei ist in der Stadt-SPD ziemlich unterentwickelt.

Die Nürnberger Beschlüsse der SPD weisen auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik, der Innenpolitik und der Ökologie und vielen anderen Fragen eine Fülle der Übereinstimmung mit den Positionen des DGB, der Grünen und der DKP auf. Die Frage bleibt: Entwickelt sich die SPD weiter auf diesen Positionen oder gewinnen jene die Oberhand, die für einen „Brückenschlag zur CDU“ eintreten? Wir werden sehen! Wir werden aber auch beobachten, wie sich die örtliche SPD entwickelt.

### Die Grünen im Aufwind

In unseren Augen ist es ein gutes Zeichen, wenn bei dieser Wahl die Grünen ihren Einfluß ausbauen konnten. Ihre erste Initiative, die Bundesregierung solle bei den USA intervenieren, damit die neuen A-Bomben-Tests unterbleiben, haben uns imponiert. Wir halten die seitherige Absage der SPD an eine Koalition mit den Grünen für falsch. Erste Tendenzen des Umdenkens sind allerdings bei der SPD sichtbar geworden. Ob dies sich allerdings auch in unserer Stadt so entwickelt, hängt auch von den Grünen ab. Sicher, hier haben wir es vor allem mit der GBL zu tun und hier gibt es noch viel irrationaler, startbahnbedingter Haß auf die SPD, und leider immer noch oft Gemeinsamkeiten mit der CDU. Dies alles erschwert die Entwicklung des einheitlichen Vorgehens der Linkskräfte und der Friedensbewegung.

### Auch in der Stadt-CDU gibt es eine Stahlhelm-Fraktion

In der Gesamtstadt liegt die CDU mit den Zweitstimmen nur 0,8% hinter der SPD. Die FDP bekam in Mörfelden 7,3%, in Walldorf 10,6% der Wählerstimmen. Selbst, wenn man davon ausgeht, daß viele Wähler FDP wählen, weil sie wollten, daß Strauß nicht nach Bonn kommt, stimmt dieser Zuwachs für die Parteien der Regierungskoalition nachdenklich.

Viele Wählerinnen und Wähler haben noch nicht erkannt, Stimmen für die CDU sind Stimmen für einen neokonservativen Nationalismus, für östpolitische Verantwortungslosigkeit, für eine Politik der Unterordnung unter die USA.

Das gute Abschneiden ist aber auch die Antwort auf SPD-Fehler in der Kommunalpolitik und einen lendenlahmen SPD-Wahlkampf. Dazu kommt, auch in der hiesigen CDU-Fraktion ist geschickte Demagogie Trumpf. Man wendet sich jetzt sogar erstmals gegen Gebührenerhöhungen, obwohl landauf, landab CDU-Kommunen die Gebühren munter erhöhen. Die hiesige CDU-Fraktion wird von einem aalglatten, ausgebildeten

Supermanager eines Großkonzerns geführt, der selbst schon oft von sich behauptete, er sei „ein stolzer Antikommunist“. Bei fast allen Auseinandersetzungen im Stadtparlament, bei der Behandlung von friedenspolitischen, antifaschistischen und sozialen Themen zeigte sich die CDU-Fraktion mit ihrem rechten Scharfmacher Jung an der Spitze stets als eine ausgesprochene „Stahlhelm-Fraktion“. Schon bald bei den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche werden die CDU-Wähler wieder erkennen können, wo diese Partei auch in Mörfelden-Walldorf steht, nämlich immer und voll und ganz auf der Seite des „großen Geldes“.

### Es geht um die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der demokratischen Kräfte

Die DKP, sie erhielt bei der Bundestagswahl 1983 in der Doppelstadt 256 Stimmen, war nicht auf dem Wahlzettel zu finden. Sie beteiligte sich am Wahlbündnis „Friedensliste“, die in Mörfelden-Walldorf 367 Stimmen (2,2%) erhielt. Hauptgrund für die DKP bei der Wahl 1987 in einem Bündnis zu kandidieren war das Ziel, daß keine Zweitstimme gegen die Wenderegierung verloren geht. Wir setzten und setzen alles dafür ein, damit die Rechtskräfte eine Niederlage erleiden. Die DKP hatte bei dieser Wahl bündnispolitisches Neuland betreten. Es gab neue Erfahrungen, neue Denkanstöße und viele neue Fragen, die wir weiter diskutieren müssen. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Friedensliste erhielten 188.209 Wählerstimmen in der Bundesrepublik. Auch diese konsequente Stimmabgabe ist ein politischer Faktor.

Die Form unserer künftigen Wahlbeteiligung wird stets von den jeweiligen konkreten Voraussetzungen abhängen. Wahlbündnisse und Eigenkandidaturen sind Bestandteil unserer Strategie, die auf eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte gerichtet ist. Dazu gehört immer auch die Stärkung der DKP.

Deshalb auch an dieser Stelle:

- Werdet Mitglied der Partei, die sich am konsequentesten für die arbeitende Bevölkerung einsetzt, werdet Mitglied der DKP!

Wir bitten die linken Kräfte in unserer Stadt:

- Setzt Euch schon jetzt überall dafür ein, damit die Arbeiterpartei DKP im März 1989 wieder ins Stadtparlament einzieht!

\*\*\*\*\*

## An alle Frauen in Mörfelden-Walldorf!

Wir laden Euch ein zur Frauentagsver-  
anstaltung am 7. März 1987.

\*\*\*\*\*

Der Frauentag ist unser gemeinsamer  
Tag. Gemeinsam wollen wir unsere  
Forderungen vertreten. Es geht um ei-  
nen eigenständigen Beitrag der Bundes-  
republik zur Sicherung des Friedens.  
Der Atomteststopp muß, trotz der  
neuen USA-Provokationen, durchge-  
setzt werden. Es gilt, die Weltraumrü-  
stung zu verhindern und allen Plänen  
der weiteren Militarisierung unseres  
Landes entgegenzutreten. Frauen zur  
Bundeswehr – Wir sagen nein.

Notwendig ist die Verbesserung der  
Arbeits- und Lebensbedingungen. Es  
geht um die 35-Stunden-Woche bei  
vollem Lohnausgleich, bei Abwehr der  
Flexibilisierungspläne der Unterneh-  
mer, um Beschäftigungsprogramme,  
um Frauenförderpläne, um mehr soziale  
Sicherheit für Erwerbstätige, Ar-  
beitslose, Hausfrauen und Rentnerin-  
nen, um qualifizierte Ganztageeinrich-  
tungen für Kinder, Mutterschutz und  
Erziehungsgeld, um die Selbstentschei-  
dung beim Schwangerschaftsabbruch.

Viele dieser wichtigen Themen haben  
die Frauen in den letzten Jahren in po-  
litischen Aktionen umgesetzt. In unse-  
rer Stadt konnte die DKP im Stadtpar-  
lament viele Frauenforderungen durch-  
setzen. Aber auch in den außerparla-  
mentarischen Bewegungen sind wir  
aktiv, wenn es um Kindereinrichtun-  
gen und viele soziale Dinge geht. Die  
DKP, in der 40 % aller Mitglieder Frau-  
en sind, wendet sich an die Kollegin-  
nen und Kollegen, an alle Gewerk-  
schaften, Frauengruppen und -initiati-  
ven, an die fortschrittlichen Frauen  
und Männer in den Parteien, an alle in  
der demokratischen und Friedensbe-  
wegung Engagierten: Unterstützt die  
Forderungen der Frauen! Macht ge-  
meinsam den Internationalen Frauentag  
zum Kampftag für Gleichberechtigung,  
für eine atomwaffenfreie Welt –  
für Frieden und Arbeit für alle!

\*\*\*\*\*

### Termin vormerken!!!

Diskussionsveranstaltung  
mit Frauen aus der DDR.  
Mittwoch, 11. März 1987  
20.00 Uhr  
Bürgerhaus Mörfelden

\*\*\*\*\*

# Frauenfest der DKP

Ab 14.00 Uhr:  
\* Frauencafe  
\* work-shops  
\* Work-shops  
\* Großes Kinderfest  
\* Second-Hand für Groß  
für Groß und  
Klein

Ab 17.00 Uhr:  
\* Tanzgruppe Türk.  
Volkshaus  
\* Frauenkabarett  
Kehrbesen  
\* Jazz-Dance



Samstag, 7. März 1987, 14 Uhr  
Stadthalle Walldorf, Eintritt 5,- DM

## „Wir dürfen nicht ein Partikelchen unterschlagen...“

Auf einer beeindruckenden Veranstaltung  
wurde im Bürgerhaus das Buch über die  
Alltagsgeschichte der jüdischen Familien von  
Mörfelden und Walldorf vorgestellt. Peter  
Härtling und Cornelia Rühlig, die für die  
Redaktion des Buches verantwortlich zeich-  
nete, moderierten den Abend. Viele äl-  
tere Bürger kamen als Zeitzeugen zu Wort.

Peter Härtling meinte zum Anfang: „Wir  
dürfen nicht ein Partikelchen unterschlagen,  
was in unserer Vergangenheit verschuldet  
wurde...“  
Diese Forderung fand sich bei vielen Bür-  
gern, die das Wort ergriffen. Nichts und  
niemand soll vergessen sein!

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat sich  
mit der Dokumentation der faschisti-  
schen Vergangenheit ein großes Verdienst  
erworben. Diese Arbeit war schwierig und  
ist noch nicht abgeschlossen. Die DKP hat  
mit ihren Initiativen entscheidend geholfen,  
den Boden dafür vorzubereiten. Es waren  
junge Kommunisten, die das „vergesse-  
ne KZ“ in Walldorf entdeckten und  
dokumentierten. Es war die DKP-Frak-  
tion, die dafür sorgte, daß dort eine Gedenk-  
stätte entstand. Straßen nach ermordeten  
Antifaschisten, ein Gedenkstein für die  
Naziopfer auf dem Walldorfer Friedhof und  
das Mahnmal für die Synagoge in Mörfelden  
entstanden auf DKP-Initiative. Nicht zu-  
letzt konnten wir die Einladung der über-  
lebenden ehemaligen jüdischen Mitbürger  
durchsetzen. Für die ermordete jüdische  
Familie Reiß, die in der Walldorfer Lang-  
straße wohnte, wollten wir eine kleine  
Gedenktafel, bis heute ist dieser Antrag  
nicht realisiert.

Auch diese Arbeiten waren nicht ein-  
fach, aber wir sind froh, daß wir mit unse-  
rem jahrelangen Drängen, mit vielen Aufsät-

zen und Artikeln, mit unseren insgesamt  
sechs Büchern über die jüngste Geschichte  
Erfolg hatten.

Soll niemand sagen, daß sei heute alles  
nicht mehr nötig. Auch heute noch gibt es  
blinden Haß auf Ausländer, Asylanten, auf  
Sinti und Roma. Und immer noch Wähler-  
stimmen für die Neonazis. Das ist vor allem  
deshalb so, weil die Bundesrepublik von  
Anfang an Schwierigkeiten hatte, ihr Ver-  
hältnis zur faschistischen Vergangenheit zu  
bestimmen. Von Anfang an brauchte  
man nämlich die Führungsschichten, die den  
Faschismus getragen hatten. Sie wurden  
gebraucht, um die Restauration des Kapita-  
lismus abzuschließen, sie wurden gebraucht,  
um die Linken im Lande zurückzudrängen.  
Sie wurden vor allem aber gebraucht für die  
effektive Führung des kalten Krieges unter  
Führung der USA.

Deshalb, das gilt für unsere Arbeit und  
für die Bemühungen der Stadt: Die Aufar-  
beitung der Vergangenheit betreiben wir  
nicht, um die Deutschen zu einer Bülberhal-  
tung zu bringen, sondern um eine bessere  
Zukunft gestalten zu können. Deshalb: Von  
Auschwitz und IG Farben, von der Waffen-  
SS, von Flick und von Krupp muß die Rede  
sein!

Dies ist besonders wichtig, angesichts  
neuer Bemühungen, die Geschichte im  
Dienste der Stahlhelmfraktion umzuschrei-  
ben.

Wenn ein Bundeskanzler mit seinen unsäg-  
lichen Vergleichen andere Völker beleidigt,  
wenn Dregger meint, daß es einen direkten  
Zusammenhang gebe zwischen seinem dama-  
ligen Kampf an der Ostfront und seinem  
jetzigen Kampf gegen den gleichen Gegner,  
dann zeigt dies deutlich, daß die Demokra-  
ten und Antifaschisten enger zusammen-  
rücken müssen.

Kleiner Nachsatz: Bei der überaus gut  
besuchten Veranstaltung im Bürgerhaus,  
waren die Vertreter der SPD, der Grünen  
und der DKP anwesend. Die CDU fehlte –  
man darf darüber nachdenken.

## SPD und Grüne tragen eine große Verantwortung weit über Hessen hinaus

Es ist verständlich, daß die Grünen nicht bereit sind, eine Landesregierung mitzutragen, die die Plutoniumverarbeitung ermög-

licht. Mit Plutonium könnten sich die revanchistischen Kräfte in der BRD ihren alten Wunsch – eigene Atomwaffen – erfüllen. Wir verurteilen entschieden die Entlassung des hessischen Umweltministers. Börner hat damit dem Druck von rechts nachgegeben. Die Koalition in Wiesbaden

war ein wichtiges Signal für die Einigung der Kräfte links von der CDU.

Börner hat mit dem Bruch der Koalition dieser Politik großen Schaden zugefügt.

Die DKP wird alle ihre Kraft dafür einsetzen, daß es nicht zu einer „Wende“ in Hessen kommt.



## Mörfelden gestern

Zum Anlaß des dieser Tage stattgefundenen Informationsabends über das Schicksal der Juden in Mörfelden und Walldorf, möchten wir das sich in unserem Archiv befindliche Foto mit der Familie Cohn aus dem Jahre 1920 vorstellen. Zu sehen sind in der oberen Reihe, von links, Lion Schott, Max und Hedwig Cohn. In der unteren Reihe sieht man die drei Kinder der Familie und zwei Nachbarskinder. Die zweite von links ist Gertrud Cohn, die jetzige Frau Tomkins, die dieser Tage von England mit ihrem Mann angereist war, um der Veranstaltung im Bürgerhaus beizuwohnen. Auf dem Bild sind außerdem französische Besatzungssoldaten, die bei der Familie Cohn einquartiert waren. (Mörfelden lag nach dem 1. Weltkrieg noch im Bereich der besetzten Gebiete.)

Bei der Betrachtung solcher Bilder kommen bittere Erinnerungen hoch. Besatzungszeit – die kleinen Leute mußten ausbaden, was die Großen angezettelt hatten. Entbehrungen und Not waren an der Tagesordnung. Aber auch die Erinnerung an die jüdischen Mitbürger stimmt uns traurig, wird doch jetzt erst in unserer Stadt die Vergangenheit aufgearbeitet. Der „blickpunkt“ brachte bereits im Dezember 1971, in seiner 12. Ausgabe, eine Abhandlung mit dem Titel „Es waren unsere Nachbarn“. Wir schrieben damals: „die Juden, die früher in Mörfelden wohnten, sind ausgelöscht. Sie fehlen in den Dorfakten, sie fehlen oft schon im Gedächtnis der Bewohner“. Wie sagte dieser Tage Peter Härtling: „Nur wenn wir uns erinnern, können wir uns sicher sein. Wer verdrängt, bleibt unsicher.“